Neue Politische Ökonomie und Wirtschaftsethik

Antworten der Wirtschaftswissenschaft auf den Versuch eines Paradigmenwechsels

Referat für die Tagung der Fritz Thyssen-Stiftung

„Der Gestaltungsanspruch der Wissenschaften: Gegenstände, Methoden, Ziele-Annäherung an die Zeit zwischen 1965 und 1985“

10. – 13. Juni 2004 in Frankfurt/Main

Überarbeitete Fassung

Göttingen, 28. Juni 2004

Hermann Sautter

1. Einleitung

Wenn ein wissenschaftliches Paradigma nicht mehr in der Lage ist, auf drängende Fragen eine Antwort zu liefern, wird es abgelöst. Es weicht einem neuen Erklärungsmodell, das die alten hermeneutischen Selbstverständlichkeiten aufbricht und die Welt in einem neuen Licht sehen lässt. Der normale Wissenschaftsbetrieb, der in der kontinuierlichen Wissensanhäufung im Rahmen vorgegebener Prämissen besteht, wird revolutioniert. Neue Axiome und Leitfragen setzen sich durch. Außenseiter spielen dabei eine führende Rolle, bis sie, nach gelungenem **„Paradigmenwechsel“**, plötzlich im Mittelpunkt stehen. Früher oder später wird nach der bekannten These von *Thomas S. Kuhn* (1962/1976) der evolutionäre Gang jeder Disziplin („Normalwissenschaft“) durch eine „wissenschaftliche Revolution“ dieser Art unterbrochen.

In den Wirtschaftswissenschaften schien dieser Zeitpunkt Ende der 1960er Jahre gekommen zu sein. Davon waren nicht nur Außenseiter, sondern auch zahlreiche „Insider“ des Faches überzeugt. Sie sahen eine wachsende Diskrepanz zwischen den politischen und wirtschaftlichen Problemen ihrer Zeit und den Lösungen, die ihre Disziplin anzubieten hatte. Zwischen der „technischen Eleganz“ des traditionellen Theoriegebäudes und dessen „praktischer Irrelevanz“ erkannten sie eine Kluft, die nicht durch vermehrte Forschungsanstrengungen innerhalb des gegebenen Erklärungsmodells zu überwinden sei (so z.B. *Vogt*,1973b, S. 180). Ein Paradigmenwechsel erschien unerlässlich.

Er wurde in der Ablösung der „reinen Ökonomie“ durch eine **„Politische Ökonomie“** gesehen. Dabei ging es nicht nur um die bisher vermisste Erklärung ökonomisch-politischer Interdependenzen. Die „Radikalen“ unter den Kritikern der „reinen Ökonomie“ wollten mehr, nämlich ein völlig anderes Wissenschaftsverständnis, als es der „herrschenden“, als „bürgerlich“ apostrophierten Wirtschaftswissenschaft zugeschrieben wurde. Wissenschaft sollte einen emanzipatorischen Charakter haben. Die Ablösung alter Erklärungsmuster sollte parallel zur Überwindung „kapitalistischer“ Verhältnisse erfolgen. Die Welt sollte nicht nur neu interpretiert, sondern auch verändert werden. „Politische Ökonomie“: das war für sie also nicht nur ein Kontrastprogramm zum „bürgerlichen“ Verständnis von Wirtschaftswissenschaften, sondern auch ein Werkzeug für den angestrebten revolutionären Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Selten sind Wissenschaftlicher so explizit mit einem gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch aufgetreten.

Im folgenden **2. Abschnitt** soll der in den späten 1960er und in den 1970er Jahren intendierte Paradigmenwechsel der Wirtschaftswissenschaften nachgezeichnet werden. Anders als von den einen erhofft und von den anderen befürchtet, kam es nicht zu einer völligen Ablösung des alten Theoriegebäudes und noch viel weniger zu einem Umsturz der bestehenden Verhältnisse. Das „herrschende" Paradigma zeigt sich außerordentlich anpassungsfähig und die Strukturen von Staat und Wirtschaft als überaus resistent. Wie die Wirtschaftswissenschaften auf die radikalen Herausforderungen zur Überwindung der „herrschenden Ökonomie" reagiert und eine „Neue Politische Ökonomie" entwickelt haben, ist Gegenstand des **3. Abschnitts**. In einem **4. Abschnitt** soll die Frage aufgegriffen werden, worin die Antwort der Wirtschaftswissenschaften auf die in den 1970er Jahren intensiver gewordene Kritik an der „Unmoral" der („kapitalistischen") Marktwirtschaft bestand. Der Fokus der Überlegungen in den Abschnitten 3 und 4 liegt also auf der Entwicklung von „Neuer Politischer Ökonomie" und „Wirtschaftsethik" als Antworten auf die Herausforderungen der späten 1960er und 1970er Jahre. Der **5. Abschnitt** enthält eine Zusammenfassung.

2. Politische Ökonomie als Alternative zur „herrschenden" Wirtschaftstheorie: das Programm eines intendierten Paradigmenwechsels.

Ende der 1960er Jahre rumorte es unter den Ökonomen. Die allgemeine politische Situation blieb nicht ohne Auswirkungen auf ihren Wissenschaftsbetrieb: die Studentenbewegung, die terroristische Bedrohung der inneren Sicherheit, der von den USA geführte Vietnam-Krieg mit der von ihm ausgelösten weltweiten Protestbewegung, die sich verschärfende Auseinandersetzung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf der internationalen Bühne, die neu ins Bewusstsein getretenen Umweltprobleme[1] usw. Nicht wenige Ökonomen hatten den Eindruck, dass ihre Disziplin auf die Fragen jener Jahre kaum etwas zu sagen hatte. Dies führte zu einer weit verbreiteten **Unzufriedenheit**, die sich in der Gründung neuer Zeitschriften (z.B. „Leviathan", „Mehrwert"[2]), im Zusammenschluss „kritischer"

[1] *Bertram Schefold* macht in seinem Beitrag im vorliegenden Band darauf aufmerksam, dass sich die Wirtschaftswissenschaften vor 1970 kaum mit Umweltproblemen auseinander gesetzt hatten.
[2] Die Zeitschrift „Leviathan" wurde 1973 als „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" gegründet, aber in ihrem Programm gab es keine scharfe Abgrenzung zu den Wirtschaftswissenschaften. Ebenfalls im Jahre 1973 erschien die erste Nummer von „mehrwert. beiträge zur kritik der politischen ökonomie". Diese Periodika hatte allerdings nur eine kurze Lebensdauer.

Wissenschaftler (z.B. der „Union for Radical Political Economies“ und der „Young Socialist Alliance“ in den USA) sowie in einer unübersehbaren Flut von kapitalismus-kritischen Analysen, Marx-Exegesen und Streitschriften niederschlug. Auch auf den großen Konferenzen der nationalen Ökonomen-Verbände waren selbstkritische Töne zu hören. So beklagte *Phelps Brown* in seiner „Presidential Adress“ anlässlich der Jahrestagung 1971 der „Royal Economic Society“ die „underdevelopment of economics“, und dies bezeichnenderweise zu einer Zeit, in der die neoklassische Gleichgewichtstheorie mit den Arbeiten von *Gerard Debreu* ihre Triumphe feierte (*Brown,* 1973). *Wassily Leontief* äußerte vor der „American Economic Association“ im Dezember 1970 „an uneasy feeling about the present state of our discipline” (*Leontief, W.* 1971, S. 1), und der “Verein für Socialpolitik” konnte nicht umhin, mit der Wahl des Themas „Macht und ökonomisches Gesetz“ für seine Jahrestagung 1972 nach den Grenzen der ökonomischen Analyse zu fragen.[3] Es war etwas in Bewegung geraten in der „Economic Community“.

Was viele Vertreter des Faches umtrieb, war die Diskrepanz zwischen dem Beharrungsvermögen des normalen Wissenschaftsbetriebs und den Herausforderungen ihrer Zeit.[4] Das **Gleichgewichtsdenken** beherrschte die Köpfe: Naturgegebene Eigeninteressen der Wirtschaftssubjekte und ein unbeschränkter Wettbewerb mussten zwangsläufig zu einem sozialökonomischen Optimum führen; Konflikte konnte es hier nicht geben; die Präferenzen des Individuums waren eine vorgegebene, durch keine soziale Interaktion – schon gar nicht durch Märkte – beeinflusste Größe;[5] „Ethik“ war kein Begriff, der in einem quasi-naturhaften Marktgeschehen vorgekommen wäre; „the business of business is business“ befand *Milton Friedman* kategorisch und verbannte damit jeden Gedanken an eine Unternehmensethik in das Reich der Träume; von „sozialer Gerechtigkeit“ zu sprechen, war als ein Relikt aus vor-wissenschaftlicher Zeit verpönt; Marktgesetze determinierten die Verteilung der Einkommen und der Versuch, sich diesen Gesetzen entgegen zu stellen, konnte nur die Harmonie eines allgemeinen Gleichgewichtes stören und in einer ineffizienten Ressourcenallokation enden. In diesem Paradigma spielte “Politik“ nur als Korrektur eines der wenigen Fälle von „Marktversagen“ eine Rolle, und dafür war der Staat als „wohlwollender Diktator“ zuständig.

---

[3] Der damalige Vorsitzende des Vereins, *H. K. Schneider*, führte in seiner Begrüßungsansprache aus, dass „sorgfältig zu prüfen (sei), ob die unter Machtaspekten an der ökonomischen Theorie geübte Kritik stichhaltig ist“ (*Schneider*, 1973, S. 6). *Vogt* hielt auf dieser Tagung ein Referat zum Thema „Das ökonomische Gesetz als Macht“. Es wurde außerordentlich kontrovers diskutiert (siehe *Vogt*, 1973c, S. 947-969 sowie die abgedruckten Diskussionsbeiträge auf den Seiten 969-987 dieser Veröffentlichung).

[4] Zur marxistisch inspirierten Kritik an der „herrschenden Nationalökonomie“ der 1960er Jahre siehe auch die Ausführungen von *Jürgen Kromphardt* (4. Abschnitt) im vorliegenden Band.

[5] *Boulding* (1973, S. 104) sprach sarkastisch von der „unbefleckten Empfängnis der Indifferenzkurven“.

Als symptomatisch kann gelten, was *Edwards et.al.* (1973, S. 127) im Blick auf die wirtschaftswissenschaftliche Ausbildungsprogramme an den US-amerikanischen Universitäten schrieben: „Alles, was die Curricula über den Krieg in Vietnam sagen, ist, wie man ihn effizienter finanzieren kann.“ Kurz: Die Welt ökonomischer Modelle war in Ordnung, während sich die „Lebenswelt“ in erheblicher Unordnung befand.[6]

Am radikalsten wurde die Unzufriedenheit darüber von den Vertretern der „Neuen Linken“ artikuliert; in den USA nannte man sie „the Radicals“. Sie bildeten keineswegs eine homogene Gruppe und es war auch nicht klar, wer mit einiger Berechtigung dazu gerechnet werden konnte und wer nicht. Das Spektrum reichte von Anarchisten über Neo-Marxisten, Marktsozialisten bis zu den Anhängern liberal-sozialdemokratischer Lösungen (*Lindbeck*, 1973, S. 82 ff.).Zwischen ihnen und den Vertretern der „Cambridge-Schule“ bestanden zahlreiche Querverbindungen. Was sie bei allen Unterschieden verband, war die Überzeugung, dass die Ausklammerung der politischen Dimension des wirtschaftlichen Geschehens die Hauptursache für die „Trivialisierung“ ihrer Disziplin sei. **„Macht“** und **„Konflikt“** waren die zentralen Kategorien ihres Denkens und nicht „Gleichgewicht“ und „Harmonie“.

Um die Herausforderungen möglichst deutlich herausarbeiten zu können, vor denen die Wirtschaftswissenschaften in den 1960/70er Jahren standen, bietet es sich an, die Kritik der „Radicals“ bzw. der „Neuen Linken“ in den Mittelpunkt der weiteren Überlegungen zu stellen. Fasst man - um den Preis einer rigorosen Vereinfachung – ihre Gedanken **zusammen,** so kann man etwa folgendes sagen:[7] Ein tradiertes Machtgefälle geht einher mit einer ungleichen „Anfangsausstattung“ der Wirtschaftsteilnehmer, mit der sie in das Marktgeschehen eintreten; die Kapitalbesitzer bemächtigen sich des Staatsapparates und schaffen sich Institutionen, die der Sicherung ihrer Interessen dienen – insbesondere der Aufrechterhaltung ihrer Macht- und Vermögens-Privilegien; eine Einkommensverteilung, die

---

[6] *Sweezy* (1973, S. 174) machte „zur Erheiterung“ seiner Leser darauf aufmerksam, dass in einer Zeit der Rassenunruhen in US-amerikanischen Städten, einer wachsenden Protestbewegung gegen den Vietnam-Krieg, einer Krise des von den USA dominierten Weltwährungssystems usw. *G. Debreu* (1966) einen Beitrag veröffentlichte, in dem es hieß: „Unter der Annahme einer gegebenen Menge von Wirtschaftssubjekten und einer Menge von Koalitionen, einer nicht-leeren Familie von Teilmengen der ersten Menge, abgeschlossenen unter der Formation abzählbarer Vereinigungen und Komplemente, ist eine Allokation eine abzählbar additive Funktion von der Menge der Koalitionen in den abgeschlossenen positiven Orthanten des Güterraums…“ (*Debreu*, 1966, zitiert nach *Sweezy*, 1973, S. 174). *Sweezy* sah darin ein extremes Beispiel für die „Unverhältnismäßigkeit“ zwischen „Fragestellungen und den zu ihrer Antwort verwendeten Techniken“ der Wirtschaftswissenschaften (a.a.O.).

[7] Siehe zum Folgenden u.a. die in *Vogt* (1973a) enthaltenden Aufsätze, die marxistische orientierten Beiträge in *Frey/Meissner* (1974), den Sammelband *Schefold* (1986) sowie die Monografie *Mandel* (1972).

als Ergebnis von unveränderlichen Marktgesetzen ausgegeben wird, ist deshalb in Wahrheit nichts anderes als das Resultat von Machtpolitik; die individuellen Präferenzen werden durch das „herrschende“ System manipuliert und sind keineswegs eine vorgegebene Größe; von einer harmonisierenden Wirkung des Wettbewerbs kann keine Rede sein; vielmehr herrscht ein oligopolistischer und monopolistischer Konkurrenzkampf, der äußerst konfliktgeladen ist; Sozialpolitik dient der Besänftigung der „Massen“; weil „Marktversagen“ nicht die Ausnahme, sondern die Regel darstellt, greift der Staat systematisch in das Wirtschaftsgeschehen ein, und dies geschieht keineswegs im Interesse des Gemeinwohls, sondern im Interesse der „herrschenden Klasse“; der untrennbar mit der Wirtschaft verflochtene Staat handelt also nicht als „wohlwollender Diktator“, sondern als „Handlanger“ der Kapitalisten (in der Sprache der „Stamokap“-Theorie ist er ein „ideeller Gesamtkapitalist“).

Es versteht sich von selbst, dass diesem System jede **ethische Legitimität abgesprochen** wurde. Wenn die „herrschende“ Lehre davon ausging, dass sich jedes Nachdenken über „Ethik“ im System des allgemeinen Gleichgewichts erübrige, weil das Ergebnis ohnehin das bestmögliche sei, so behauptet die „Neue Linke“ unter den Ökonomen: Das Ergebnis ist keineswegs optimal, aber es bietet den Wirtschaftsteilnehmern auch gar keinen Spielraum für ein ethisch motiviertes Handeln, das zu einem besseren Resultat führen könnte. Das „System“ als solches ist unmoralisch. Ob die Wirtschaftssubjekte ethische Handlungsmotive haben oder nicht, ist dabei völlig irrelevant.

In dieser Sichtweise hat die „bürgerliche“ Ökonomie eine **system-erhaltende Funktion**. Sie legitimiert die „herrschenden Verhältnisse“, indem sie ihnen den Mantel des harmonischen Gleichgewichts umhängt. Was letztlich eine Konsequenz ungleicher Machtverteilung ist, wird zum Ergebnis unabänderlicher Marktgesetze erklärt und damit wissenschaftlich unangreifbar gemacht. Mit anderen Worten: Die „herrschende Lehre“ ist die „Lehre der Herrschenden“. Die „bürgerlichen“ Ökonomen versagen bei ihrer Aufgabe, das „herrschende System“ zu „hinterfragen“. Ihre Wissenschaft ist „affirmativ“, nicht „emanzipatorisch“ (*Kade*, 1973, S. 153), und es entspricht ihrer selbst gewählten Bedeutungslosigkeit, wenn sie Werturteile ängstlich vermeiden.

Es ist durchaus konsequent, wenn bei dieser Sicht der Dinge der „bürgerlichen“ Nationalökonomie jede Chance abgesprochen wird, sich evolutionär weiter zu entwickeln,

und wenn (zumindest implizit) mit dem geforderten Paradigmenwechsel auch eine Ablösung der **„**herrschenden Verhältnisse**“** gefordert wird. Dafür bietet *Vogt* (1973b) ein prägnantes Beispiel. Jede Kritik innerhalb des bestehenden Erklärungsmodells komme der Reparatur an einem Gebäude gleich, das „unter der Last seiner Veränderungen längst zusammengebrochen (ist)“ (a.a.O., S. 204). Die Kritik an der **Theorie** zielt also nicht auf eine Weiterentwicklung der „Normalwissenschaft“ (*Kuhn*), sondern auf deren **Revolutionierung**. Doch: „Die Kritik an der bürgerlichen Theorie zielt tiefer als auf die Theorie allein: Sie ist im Kern Kritik der herrschenden Verhältnisse, indem sie mit der bürgerlichen Theorie deren Rechtfertigung der herrschenden Verhältnisse kritisiert“ (*Vogt*, 1973b, S. 205). Noch deutlicher wird *Kade* (1973). Die politische Ökonomie habe nicht nur die Aufgabe einer unverbindlichen Kapitalismus-Kritik, sondern sie müsse „von der Kritik zur Frage nach der Überfälligkeit einer Ablösung bestehender Produktionsverhältnisse (führen)“ (a.a.O., S. 168). Andere Autoren, die der „Neuen Linken“ zugeordnet wurden, waren bei ihren Forderungen sehr viel vorsichtiger (z.B. *Nutzinger*, 1973). Es ist aber unverkennbar, dass sich die **Kritik** häufig nicht nur auf die Erklärungs**methoden** der Wirtschaftswissenschaften, sondern auch auf ihren Erklärungs**gegenstand** bezog.

Nun ist es bei so viel Radikalität nahe liegend, nach den **Methoden** des **neuen Paradigmas** und nach der Struktur der angestrebten neuen Produktionsverhältnisse zu fragen. In dieser Hinsicht sind die Äußerungen der „Neuen Linken“ außerordentlich dürftig, und dies ist wohl auch der wichtigste Grund dafür, dass es nach wenigen Jahren recht still um sie geworden ist. Was die Methoden anbelangt, so scheint es nur zwei „Gewissheiten“ gegeben zu haben: Eine „Politische Ökonomie“ dürfe sich nicht in „total inhaltsleeren entscheidungslogischen Kalkülen“ verlieren (*Kade*, 1973, S. 152) und sie müsse auf der „Grundlage der Marxschen Ökonomie“ aufgebaut sein (*Nutzinger*, 1973, S. 208). Im übrigen wird (im Jahre 1973) selbstkritisch zugestanden, dass sich klare „Vorstellungen über Alternativen zur traditionellen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft bis heute nicht herausgebildet haben“ (*Kade*, 1973, S. 149). *Nutzinger* (1973) stellt zur gleichen Zeit fest, „dass noch sehr viel Arbeit geleistet werden (muss), bevor der Marxsche Versuch einer integralen Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft…wirklich fruchtbar gemacht werden kann“ (a.a.O., S. 234). Die Umrisse des neuen Paradigmas sind also noch sehr diffus. Klar scheint lediglich zu sein, dass sie auf der Grundlage der Marxschen Ökonomie entwickelt werden müssen.

Im Blick auf die **reale Alternative** zu den „herrschenden Verhältnissen“ sind die Äußerungen der „Radicals“ unter den Ökonomen noch spärlicher. Nur wenige unter ihnen wagen eine klare Aussage. Mitunter ist sie erstaunlich naiv. So sprechen beispielsweise *Edwards et. al*. vom Konflikt zwischen Outputwachstum und Einkommensgleichheit, der durch die „funktionalen Erfordernisse“ der Institutionen des kapitalistischen Systems verursacht werde, und sie meinen, wir könnten „uns leicht eine Gesellschaft vorstellen, in der ein derartiger Gegensatz nicht besteht. Das wäre der Fall, wenn die Menschen arbeiten würden, weil sie sich für die gesamte Gemeinschaft verantwortlich fühlen und ihre Mitglieder als gleichgestellt empfinden, anstatt für den direkten persönlichen Gewinn zu arbeiten“ (*Edwards et. al*., 1973, S. 139). Offenbar sehen diese Autoren alle „trade-off“-Situationen in Wirtschaft und Gesellschaft durch die Institutionen eines Systems bedingt, das sie für grundsätzlich veränderbar halten. Voraussetzung dafür ist der „Neue Mensch“, der selbstlos ist, nicht seine eigenen Interessen vor Augen hat, sondern das Wohl der „gesamten Gemeinschaft“ verfolgt. Hier wird das Kernproblem aller marxistischen Ordnungsvorstellungen mit entwaffnender Naivität übersprungen, nämlich die Resistenz des Menschen gegen alle Umerziehungsversuche, die ihn für die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft passend machen wollen, in der die Äquivalenz von individuellen Leistungen und Gegenleistungen aufgehoben ist und es keine Marktbeziehungen mehr gibt.

Andere Autoren sind mit ihren Äußerungen über eine Alternative zum „Spätkapitalismus“ zurückhaltender. Was sie auf keinen Fall wollen, ist eine starre Planungsbürokratie nach sowjetischem Muster. Es müsse eine „Selbstverwaltung der freien Erzeuger- und Verbraucherkommunen“ geben, meint beispielsweise *Mandel* (1972, Bd. II, S. 862), also einen irgendwie gearteten **„**mittleren Weg**“** zwischen „Markt und Plan“. Das **endgültige Ziel** bleibt aber für viele „Radicals“ eine Gesellschaft, in der die Marxsche Utopie verwirklicht ist: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“. Hier sind nach *Sweezy* die Marktbeziehungen endgültig eliminiert, die „eine ständige Gefahr“ für eine sich entwickelnde sozialistische Gesellschaft darstellen, auch wenn Märkte auf dem Weg zum Endziel noch „für lange Zeit“ geduldet werden müssen (*Sweezy*, 1969, zit. nach *Lindbeck*, 1973, S. 36).

Diese Kombination von radikaler Kritik und Marxscher Utopie hat schon in den 1960/70er Jahren Wenige überzeugt. In den folgenden Jahren ist das utopische Element aus der Politischen Ökonomie nahezu vollständig verschwunden und die Kritik wurde sachlicher. Was sich herausbildete, war eine neue Forschungsrichtung, die die Fragen der „Neuen

Linken“ ernst nahm, ohne ihre Antworten übernehmen zu wollen. In einem allerdings blieb die neue Forschungsrichtung dem marxistischen Ansatz treu: Den wirtschaftlichen Interessen wurde die entscheidende Bedeutung für die Erklärung politischer Prozesse zugeschrieben.

3. Neue Politische Ökonomie: die Ausweitung des ökonomischen Erklärungsansatzes auf die Politik

Die Kritik der „Radikalen“ löste in den 1970er Jahren eine Flut von Publikationen zum Verhältnis von „Staat und Wirtschaft“ aus. „**Politische Ökonomie**“ wurde zum Modethema – was nicht zuletzt daran abzulesen war, dass ältere Veröffentlichungen, die ursprünglich unter einem ganz anderen Titel erschienen waren, bei ihrer Neuauflage als Beiträge zur „Politischen Ökonomie“ vorgestellt wurden.[8] Es war zwar durchaus verlockend, die Ungereimtheiten in der Kritik der „Neuen Linken“ aufzudecken, und es gab keinen Mangel an entsprechenden Stellungnahmen. Aber das hinderte viele Ökonomen nicht daran, den von dieser Kritik angeprangerten Schwächen der eigenen Disziplin nachzugehen und nach Möglichkeiten zu suchen, diese Defizite zu überwinden.

Dabei wurden verschiedene Wege eingeschlagen. In einer **systemtheoretischen politischen Ökonomie** wurde die Wirtschaft als gesellschaftliches Subsystem modelliert, das in vielfacher Weise mit dem politischen Subsystem verflochten ist. Eine Variante davon bildete die **Systemdynamik,** in der mit Hilfe quantifizierbarer Modelle die Stabilität bzw. Instabilität des wirtschaftlich-politischen Systems simuliert wurde. Als Methode zur Rationalisierung von Entscheidungsprozessen wurde die **Systemanalyse** entwickelt. Alle diese Ansätze bemühten sich um Interdisziplinarität. Die offenkundige Realitätsferne der traditionellen Theorie sollte dadurch überwunden werden, dass ihre Instrumente durch die Methoden anderer Disziplinen angereichert wurden. [9]

Was sich in den Wirtschaftswissenschaften durchgesetzt hat, ist ein anderer Ansatz, der unter der Bezeichnung „ökonomische Theorie der Politik“ oder **„Neue Politische Ökonomie“** (NPÖ) bekannt geworden ist. Der Begriff geht auf *Mitchell* (1968, S. 76) zurück: „A new interdisciplinary field is emerging that links the subjectmatter of political science with the methods and theories of economics. No name as yet has been institutionalized to designate

[8] *Heinemann*, 1974, S. 14 Fn. 7 gibt dafür einige Beispiele.
[9] *Frey*, 1977, S. 61 ff. gibt einen Überblick über diese verschiedenen Ansätze.

this field; I prefer to call it the 'new political economy'". In den USA hat sich für diesen Zweig der ökonomischen Theorie die Bezeichnung „Public Choice" durchgesetzt.

Er konnte an zahlreiche Vorläufer anknüpfen. Dazu gehörten die **Klassiker der Nationalökonomie**. Nicht anders als *Karl Marx* hatten *Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill* usw. stets die Einheit von Wirtschaft und Politik vor Augen. Es gab noch keine spezialisierte Wirtschaftswissenschaft, die ökonomische Prozesse losgelöst vom Handeln des Staates thematisiert hätte. Ökonomische Sachverhalte wurden vielmehr im Rahmen einer umfassenden „Politischen Ökonomie" behandelt. Das Bild des Staates, von dem diese „Alt-Liberalen" ausgingen, war freilich ein völlig anderes, als es für das ausgehende 20. Jhdt. kennzeichnend war. Politik wurde in einem zentralisierten Obrigkeitsstaat betrieben, den als „wohlwollenden Diktator" zu modellieren gar nicht so abwegig war, der sich weitgehend auf eine Schutzfunktion für die bürgerlichen Freiheits- und Eigentumsrechte zu beschränken hatte und dem nur geringe Kompetenzen für sozialpolitische Aufgaben und für die Bereitstellung öffentlicher Güter zugebilligt wurden. Die „Alte Politische Ökonomie", wie *Herder-Dorneich* (1992, S. 17) die Theorien der „Alt-Liberalen" nannte, hatte also mit einem völlig anderen Staat und damit auch mit anderen Beziehungen zwischen „Staat und Wirtschaft" zu tun, als es heute der Fall ist.

Zu den **Vorläufern** der NPO gehörten auch Autoren, die zu Beginn und in der Mitte des 20. Jhdts. ihre Arbeiten veröffentlichten. Auf *Wicksell* ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen, auf *Schumpeter, Downs, Arrow, Black* u.a. *Schumpeter* hat in seiner Arbeit über „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie" aus dem Jahre 1942 einen zentralen Gedanken der NPÖ vorweggenommen: das Wesen der Demokratie besteht in einem Wettbewerb der Parteien um Wählerstimmen. *Downs* hat auf diesen Überlegungen aufbauend im Jahre 1957 seine „Ökonomische Theorie der Demokratie" entworfen. *Arrow* arbeitete 1951 das Problem einer widerspruchsfreien Aggregation individueller Präferenzen heraus; sein „Unmöglichkeitstheorem" gehört seitdem zum festen Bestand aller Lehrbücher zur Politischen Ökonomie. Die NPÖ konnte also auf zahlreiche Forschungsansätze zurückgreifen und begann mit ihren Arbeiten keineswegs am Nullpunkt. Dass sie frühere Arbeiten wieder entdeckt hat und mit ihren neuen Beiträgen innerhalb kurzer Zeit eine erstaunliche Beachtung fand, ist nicht zuletzt der Bereitschaft zu verdanken, auf die radikale Kritik der „Neuen Linken" in konstruktiver Weise einzugehen.

Als „**neu**“ gilt in der NPÖ nicht nur die Tatsache, dass sie mit einem anderen **Staatsbegriff** arbeitet als die „Alte Politische Ökonomie“; sie hat es nicht nur mit einem „protective state“ zu tun, sondern auch mit einem „productive state“, der öffentliche Güter bereitstellt, bei der Korrektur von „Marktversagen“ tätig ist und sich um „soziale Gerechtigkeit“ bemüht; der aus zahlreichen einzelnen Akteuren besteht und der mit Interessengruppen interagiert, die sich zwischen das Individuum und den Staatsapparat schieben. „Neu“ ist – worauf bereits *Mitchell* hinwies – vor allem die rigorose Anwendung der **Methoden** und **Theorien** der **Wirtschaftswissenschaften** auf den Gegenstandsbereich der politischen Wissenschaften. Wenn ab Ende der 1970er Jahre von „Neuer Politischer Ökonomie“ gesprochen wurde, dann war fast immer diese Forschungsrichtung gemeint. „Neue Politische Ökonomie“ wurde gleichbedeutend mit einer ökonomischen Theorie der Politik.

Als wesentlich für den ökonomischen Denkansatz gilt dabei folgendes:

1. Bezugspunkt aller Überlegungen ist das Individuum: der einzelne Haushalt als Verbrauchseinheit, die einzelne Firma als Produktionseinheit, der einzelne Bürokrat, Parlamentarier usw. als politischer Akteur („**methodologischer Individualismus**“);
2. allen individuellen Akteuren wird unterstellt, dass sie ihr **eigenes Interesse** verfolgen, nicht das eines Kollektivs;
3. allen Akteuren wird unterstellt, dass sie **rational** nach dem ökonomischen Prinzip handeln, d.h. dass sie bei der Verwirklichung eines gegebenen Zieles ihren Aufwand minimieren bzw. bei einem gegebenen Aufwand den maximalen Zielerreichungsgrad anstreben;
4. „**Tausch**“ (ein „do ut des“-Mechanismus) ist die universell gültige Form sozialer Interaktion;
5. „**Wettbewerb**“ ist das Prinzip, nach dem die vom Eigeninteresse motivierten Tauschakte zu einem optimalen Gesamtresultat führen.

Einzelne Autoren variieren diese Auflistung von Merkmalen der ökonomischen Denkweise. *Barry* (1970/1975, S. 12) betont den axiomatischen, mechanistischen und formalen Charakter der neuen Teildisziplin. Entscheidend ist, dass eine **einheitliche Methode** bei der Erforschung ökonomischer und politischer Sachverhalte und deren Beziehungen zueinander angewandt wird. Es entsteht also insofern eine Einheit, als beide Erkenntnis**objekte -** Wirtschaft und Politik- mit derselben Erkenntnis**methode** angegangen werden, nämlich der ökonomischen. Man hat diese Ausweitung des ökonomischen Denkansatzes auf traditionell nicht-

ökonomische Bereiche als „**ökonomischen Imperialismus**“ bezeichnet.[10] *Mitchell* und andere Vertreter der NPÖ sprechen zwar von einer „Interdisziplinarität“ des neuen Forschungsfeldes. Aber es ist zumindest fragwürdig, inwiefern von einer echten „Interdisziplinarität“ gesprochen werden kann, wenn ausschließlich die Methode einer Disziplin angewandt wird. Die Ansichten darüber fallen weit auseinander[11]

Kontrovers wird auch die Frage diskutiert, ob es sich bei der NPÖ um die **Ausweitung** und Stärkung oder um eine **Ablösung** des **neoklassischen Paradigmas** handelt. Für beide Ansichten finden sich Beispiele. *Colander* (1984, S. 2) spricht beispielsweise ohne jede Einschränkung von einer „neoclassical political economy“, mit der die Lehre von der „invisible hand“ ergänzt werde um die Lehre von einem „invisible foot“, nämlich der rationalen, eigeninteressierte Durchbrechung der Wettbewerbsregeln und der Verfolgung von „directly unproductive profit-seeking activities“. Er kennt offenbar nicht den geringsten Zweifel an der bleibenden Gültigkeit des neoklassischen Paradigmas. Anders dagegen *Buchanan* (1984, S. 11): „If I am allowed to use Thomas Kuhn’s overly used word .., we can, I think say the new *paradigm* has been substituted for an old one” (hervorgehoben im Original). Zwischen “Beibehaltung” und “Ablösung” oszilliert *Böttcher*. Einerseits könne man keineswegs davon sprechen, den Vertretern der NPÖ gehe es um eine Distanzierung von der „von *Alfred Marshall* entwickelten neoklassischen Theorie“ (*Böttcher*, 1983, S. 1). Andererseits bestehe aber auch kein Anlass, die Vertreter dieses Fachs in „Bausch und Bogen der Neoklassik zuzurechnen“, denn viele von ihnen „bevorzugen andere Methoden“ (a.a.O., S. 2).

Die Antwort auf die Frage, ob das **neoklassische Paradigma** „abgelöst“ oder „gestärkt“ wird, hängt natürlich davon ab, wie man es **definiert.** Versteht man es im engeren Sinne als Erklärung ökonomischer Prozesse, die von einem gegebenen Datenkranz politischer und institutioneller Faktoren ausgeht und für die das Gleichgewichtsdenken konstitutiv ist, dann

---

[10] Er spielt nicht nur bei der ökonomischen Theorie der Politik eine Rolle, sondern auch bei der Erklärung vieler anderer Lebensbereiche (z.B. Ehe, Familie, Kultur, Religion, Recht, Moral usw.). *Eric Hilgendorf* macht in seinem Beitrag im vorliegenden Band auf die Herausforderung der Rechtswissenschaft durch die „ökonomische Analyse des Rechts“ aufmerksam und stellt im Blick darauf eine „Rezeptionslücke“ in der Rechtswissenschaft fest. Zum Programm des „ökonomischen Imperialismus“ siehe *Gary S. Becker* (insb. *Becker*, 1976/1982). - Mit einiger Berechtigung kann davon gesprochen werden, dass die Wirtschaftswissenschaften nach 1970 die Soziologie in ihrer Rolle als „Leitdisziplin“ abgelöst haben. Mit welchem Erklärungsanspruch die Soziologie in den 1950/1960er Jahren aufgetreten war, wird in den Beiträgen von *Günter C. Behrmann* und *Volker Kruse* im vorliegenden Band deutlich.

[11] Für *Pies* beispielsweise ist die konsequente Anwendung der wirtschaftswissenschaftlichen Methode auf Erkenntnisbereiche, die traditionell von anderen Disziplinen als der Wirtschaftswissenschaft bearbeitet werden, geradezu eine Voraussetzung für Interdisziplinarität. Siehe *Pies*, 1998, S. 21 f.

kann man mit Fug und Recht von einer Ablösung sprechen. Ist dagegen ein Denkansatz gemeint, der vom „methodologischen Individualismus“ ausgeht und vom Axiom des rationalen, eigen-interessierten individuellen Handelns, der das Marginalkalkül in den Mittelpunkt stellt und im Tausch eine universell gültige Form sozialer Interaktion sieht, dann kann mit derselben Berechtigung davon gesprochen werden, das „neoklassische Paradigma“ sei ungebrochen gültig und habe durch seine Ausweitung auf neue Erkenntnisgegenstände eine Stärkung erfahren. Im Allgemeinen wird in der Literatur zur NPÖ dieses letztere Verständnis von „Neoklassik“ zugrunde gelegt[12]. Wie auch immer der Begriff definiert wird, eines ist jedenfalls klar: Von einem „Paradigmenwechsel“, wie er von den radikalen Kritikern der „herrschenden“ Theorie in den 1960er Jahren gefordert wurde, ist die NPÖ weit entfernt.

Auf der Grundlage des skizzierten Ansatzes sind in den vergangenen 2-3 Jahrzehnten zahlreiche theoretische und empirische Untersuchungen durchgeführt worden. Es ist nicht möglich, die Fülle der angesprochenen Themen hier auch nur annähernd vollständig wiederzugeben. Eine kurz gefasste, exemplarische Skizzierung einiger zentraler Themenbereiche muss genügen.

Die Frage, warum es überhaupt Staaten gibt, wird in der **ökonomischen Theorie der Verfassung** („Constitutional Economics“) behandelt (siehe dazu insb. *Buchanan*, 1975 und 1977; *Buchanan/Tullock*, 1962). Die Grundidee lautet, dass rational eigen-interessiert handelnde Individuen das Gut „Rechtsschutz“ gegen die Übertragung von Machtbefugnissen an einen politischen Akteur „tauschen“. Die Existenz des Staates wird also nicht sozialphilosophisch oder politisch, sondern mit Hilfe eines ökonomischen Kalküls begründet. Der Tauschgedanke ist auch konstitutiv für die Erklärung **staatlichen Handelns.** Wähler fragen nach bestimmten Leistungen, die nur kollektiv befriedigt werden können, und politische Akteure bieten diese Leistungen an. Es gibt also einen „Markt“ für Politik, der allerdings durch Informations-Asymmetrien gekennzeichnet ist, woraus sich zahlreiche Formen von „Staatsversagen“ ergeben. (siehe u.a. *Downs*, 1957; *Widmaier*, 1974; *Herder-Dorneich/Groser*, 1977; *Frey*, 1981). Ein besonderes Problem stellt die Festlegung politischer Ziele dar. Gemäß der Prämisse des „methodologischen Individualismus“ können sie nur aus den individuellen Präferenzen der Wähler hergeleitet werden. Die Diskussion des *Arrowschen* „Unmöglichkeitstheorems“ und der Vor- und Nachteile alternativer Wahlverfahren nimmt in der Literatur einen breiten Raum ein (siehe u.a. *Arrow*, 1951; *Bernholz*, 1974).

[12] In diesem Sinne z.B. *Behrends*, 2001, S. 2

Weitere Themenbereich sind das Verhalten der **Bürokratie** und die Bildung von Interessengruppen. Auch Bürokraten sind annahmegemäß eigen-interessiert. Der repräsentative Beamte handelt keineswegs „ohne Hass und Leidenschaft,…unter dem Druck schlichter Pflichtbegriffe, ‚ohne Ansehen der Person'", wie ihn *Max Weber* (1980, S. 129) charakterisierte. Er wird vielmehr angetrieben von seinem Interesse an „Gehalt, Nebenbezügen, öffentlichem Ansehen, Patronatentum…" (*Niskanen*, 1974,S. 209). Seine Motivationsstruktur unterscheidet sich also nicht von der des Konsumenten, der seinen Nutzen maximieren will, und von der des Unternehmers, der den größtmöglichen Gewinn erwirtschaften will. Diese Einheitlichkeit der Verhaltensannahme ist eine der Klammern, mit denen die NPÖ ihre Untersuchungsobjekte „Staat" und „Wirtschaft" miteinander verbindet. Weil grundsätzlich nicht damit gerechnet werden kann, dass Bürokraten die Interessen der Bürger verfolgen, bedarf es sorgfältig konzipierter Restriktionen, um ihren Handlungsspielraum zu begrenzen (z.B. durch verfassungsmäßige Budget-Obergrenzen).[13]

Solche Beschränkungen können auch dem **„**rent-seeking**"** einen Riegel vorschieben, mit dem sich die Mitglieder von **Interessengruppen** einen Vorteil unter Umgehung des Tauschprinzips verschaffen wollen, das für die Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung sorgt. Im Übrigen haben es solche Gruppen schwer, ihre Angehörigen auf ein **„kollektives Handeln"** einzuschwören, denn jedes Mitglied hat einen Anreiz zum „Trittbrett-Fahrer-Verhalten" (*Olson*, 1965; *Keller*, 1988). Es kann verhindert werden, wenn innerhalb solcher Gruppen ein Tauschmechanismus etabliert wird: Gruppenloyalität wird gegen „private" Güter getauscht, bei denen eine Nutzungsrivalität und die Möglichkeit des Ausschlusses von der Nutzung gegeben ist (z.B. durch besondere Informationsdienste für Mitglieder, die ihren Mitgliedsbeitrag zahlen).[14]

Die zahlreichen Verästelungen, die in der ökonomischen Theorie der Politik bisher verfolgt worden sind, werden damit nur angedeutet. Es ist eine **doppelte Stoßrichtung**, die mit dieser Literatur verfolgt wird, und ein damit einhergehender doppelter Gestaltungsanspruch. **Erstens** geht es um eine radikale „**Entmythologisierung"** von Staat und Politik. Eine „positive" Theorie des Staates soll die ideologische Verschleierung von Machtinteressen entlarven.

---

[13] Siehe zu diesem Themenbereich neben der schon erwähnten Veröffentlichung von *Niskanen* (1974) auch *Blankart* (1975); *Roppel* (1979); *Lehner* (1981, 4. Kap.)

[14] Siehe zur Interessengruppen-Theorie u.a. *Hirsch/Addison/Genosko* (1990); *Schmidt-Trenz* (1996); *Weber* (1977).

Insofern nimmt die NPÖ das Anliegen der „Neuen Linken“ auf. Als eine Verschleierung totalitärer Machtansprüche wird aber erst recht die Utopie von einer klassenlosen Gesellschaft entlarvt, in der es keinen Staat mehr gibt, und insofern wendet sich die NPÖ entschieden gegen die „Neue Linke“. Mit einem keineswegs emotionslosen Eifer wird eine größtmögliche „Nüchternheit“ angestrebt, jede gesellschaftliche Dilemma-Situation herausgearbeitet und die Illusion zerstört, es gebe konfliktfreie Gesellschaften. Insofern hebt sich die NPÖ auch vom Gleichgewichtsdenken der neoklassischen Nationalökonomie ab. „Politics without Romance“ nennt *Buchanan* (1984, S. 11) das Programm. Es will mit illusionären Begriffssystemen, ungeprüften Annahmen und jeder Form von Staatsgläubigkeit aufräumen.

Mit dieser Stoßrichtung vermittelt die NPÖ eine prinzipielle **Skepsis**[15] gegenüber jeder Form von Staatstätigkeit. Die alte wohlfahrtsökonomische Vorstellung, der Staat könne als „wohlwollender Diktator“ das Marktversagen heilen, wird zerstört.[16] Vielmehr werden die vielen Formen von „**Staatsversagen**“ herausgearbeitet. Die NPÖ bietet – um erneut *Buchanan* zu zitieren – „a theory of governmental failure that is fully comparable to the theory of market failure“ (a.a.O.). Die Skepsis reicht aber noch tiefer. Ist es überhaupt möglich, durch freie, geheime und gleiche Wahlen in einer indirekten Demokratie politische Ziele zu bestimmen, die in schlüssiger Weise die Präferenzen der Wähler widerspiegeln und dabei die „externen Kosten“ zu minimieren, die einer Minderheit durch das Überstimmtwerden durch die Mehrheit entstehen? Die sorgfältige Analyse alternativer Wahlverfahren ruft „schwerwiegende Zweifel“ hervor, dass dies gelingen könnte (*Tullock*, 1987, S. 1042). Natürlich stellt sich bei so viel Skepsis die Frage, wie eine konstruktive Gestaltung einer liberalen, marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft überhaupt möglich sein soll. Darauf ist zurückzukommen.

Welcher unmittelbare **Gestaltungsanspruch** aus der aufklärerischen Skepsis der NPÖ resultiert, ist offenkundig. Weil vom Staat grundsätzlich kein Handeln im Interesse der Bürger

---

[15] Sie ist bei den US-amerikanischen Autoren, von denen die wichtigsten Impulse in der NPO ausgingen, auch biografisch und geschichtlich bedingt. *Harald Hagemann* wies in der Diskussion auf entsprechende Bemerkungen von *James Buchanan* anlässlich einer Tagung in München hin.

[16] Auch die vom Keynesianismus genährte Erwartung, der Staat könne für eine anhaltende, inflationsfreie Vollbeschäftigung sorgen, wurde in den 1970er Jahren erschüttert, worauf *Jürgen Kromhardt* in seinem Beitrag im vorliegenden Band hinweist. Die von der NPÖ artikulierte Staatskritik fiel also zusammen mit der Abwendung vom Keynesianismus und der Hinwendung zum Monetarismus, der weniger auf die Aktivität des Staates als auf die „Kräfte des Marktes“ setzt. Es ist kein Zufall, dass zur gleichen Zeit, in der die von der NPÖ artikulierte Staatskritik an Bedeutung gewann, auch in der Sozialpolitik eine Akzentverschiebung vorgenommen wurde, worauf *Richard Hauser* in seinem Beitrag aufmerksam macht. Das Adjektiv „sozial“ im Leitbild der „Sozialen Marktwirtschaft“ verlor an Bedeutung, während wirtschaftsliberale Vorstellungen stärker betont wurden.

erwartet werden kann und weil die Akteure im Staatsapparat immer wieder Mittel und Wege finden, die verfassungsmäßigen Schranken ihres Handelns zu umgehen (*Bennett/DiLorenzo*, 1984), lautet das politische Programm: „Deregulierung“ und „Entstaatlichung“. Ökonomen sollten sich deshalb zur Aufgabe machen, die Öffentlichkeit über das Staatsversagen aufzuklären und sie können es sich als Verdienst anrechnen, wenn ihre Kritik beispielsweise zur Auflösung einer Regulierungsbehörde führt (*Tullock*, 1984, S. 229).

Es wird kaum möglich sein, politische Vorgänge unmittelbar auf wissenschaftliche Stellungnahmen zurückzuführen. Es spricht aber vieles dafür, dass die seit Mitte der 1980er Jahre wachsende Staatskritik in Europa und vor allem in den USA zu einem nicht geringen Maße von den Analysen der NPÖ beeinflusst worden ist. Die zahlreichen Initiativen zur **Deregulierung** der Wirtschaft und zur **Privatisierung** staatlicher Aktivitäten, die etwa im „Washington Consensus“[17] zu einem weltweit propagierten Programm verdichtet wurden, sind ohne die Literatur zur NPÖ schwer vorstellbar. Es versteht sich von selbst, dass die gegenwärtigen Kampagnen zur Entstaatlichung auch noch andere Gründe haben. Dass sie aber nicht zuletzt durch den Gestaltungswillen von Vertretern der NPÖ vorangetrieben werden, dürfte kaum zu bezweifeln sein.

Nun ist eine allseitige Skepsis nicht ungefährlich. Sie kann in einen regierungs- und institutionenfeindlichen Fanatismus münden und kann damit „result in a drift toward anarchistic terror, the jungle against Hobbes warned us all“ (*Buchanan*, 1984, S. 21). Es geht also darum, **sowohl** die Macht der **Regierungen** zu begrenzen, **als auch** dem **Individuum** Grenzen zu setzen. Eine vernünftige soziale Ordnung muss beides leisten. *Buchanan* bezeichnet sie als ein „Wunder“ („miracle“, a.a.O.), was wohl heißen soll, dass ihr Zustandekommen keineswegs selbstverständlich ist und letztlich auch nicht rational erklärt werden kann. Das hindert *Buchanan* selbstverständlich nicht daran (es geht schließlich um wissenschaftliche Aufklärung!), eine gedankliche **Rekonstruktion** des **Staates** zu fordern, und zwar auf der Grundlage der NPÖ, d.h. auf dem Wege eines ökonomischen Kalküls.

Dies ist die **zweite Stoßrichtung** der NPÖ. Der damit verbundene **Gestaltungswille** zielt auf eine **Institutionenbildung** nach Maßgabe der ökonomischen Rationalität, weil nur in ihr eine solide Grundlage für gesellschaftliche Regelsysteme („Institutionen“) gesehen wird. Bei der „Destruktion“ einer irrationalen Staatsgläubigkeit soll es also nicht bleiben. Der zweite Schritt

[17] Siehe dazu beispielsweise *Williamson* (1990).

soll in der „rationalen Rekonstruktion“ eines institutionellen Arrangements bestehen, das den Freiheitsspielraum des Individuums sichert und ihm die bestmögliche Verwirklichung seiner Interessen ermöglicht.

Ohne Zweifel werden viele Formen ökonomischer **Politikberatung** von dieser Absicht getragen. Ökonomen wollen zu einer „besseren“ Politik beitragen, aber nicht mehr dadurch, dass sie theoretisch schlüssige Vorschläge machen, ohne deren politische Umsetzung zu reflektieren, wie es unter dem Vorzeichen einer „Theorie der Wirtschaftspolitik“ geschah. Das Scheitern solcher Vorschläge und damit die Frustration der ökonomischen Berater sind vorprogrammiert. Vielmehr sollen die politisch-ökonomischen Interdependenzen reflektiert und dadurch die Realisierungschancen vernünftiger politischer Ziele erhöht werden (*Frey*, 1977, S. 16 f.). Als naiv wird es beispielsweise verstanden, von der Regierung und der Zentralbank eine lehrbuchreife antizyklische Konjunkturpolitik zu fordern, ohne den „politischen Konjunkturzyklus“ im Blick zu haben, der sich aus der Überlagerung der ökonomischen Rationalität durch das politische Interesse an einer Machterhaltung ergibt. Möglicherweise muss der Ökonom Abstriche von seinen Lehrbuch-Rezepten machen, wenn er sich auf den Boden der NPÖ begibt, aber seine Ratschläge werden dadurch realitätsnäher und seine Chancen steigen, zu einer vernünftigeren politischen Praxis beizutragen[18].

Dies ist jedenfalls die Erwartung von Vertretern der NPÖ. Zu fragen ist, ob sie sich auf einem sicheren Boden bewegen, wenn sie dabei von einem methodologischen Monismus ausgehen, wie er für das Programm der NPÖ konstitutiv ist. Der Denkansatz dieses Programms ist nicht unproblematisch und er hat vielfache **Kritik** erfahren. Dem Wähler wie dem Parlamentarier werden keine andere Motivation und keine andere Rationalität unterstellt als dem Unternehmer oder dem Konsumenten. Lässt sich damit erklären, warum Bürger überhaupt zur Wahl gehen und warum Politiker Entscheidungen treffe, die ihnen Wählerstimmen kosten können? Die Kosten einer Wahlbeteiligung sind für den Einzelnen ungleich höher als der Nutzen, den er daraus zieht. Eine streng ökonomische Nutzen-Kosten-Rechnung führt also zu dem Ergebnis, dass der Gang zur Wahlurne höchst irrational ist. Dass Menschen trotzdem wählen, ist ein „Wahlparadoxon“, d.h. eine „**Verhaltensanomalie“**, die im Analyse-Schema der NPÖ zunächst nicht erklärt werden kann (*Barry*, 1975, S. 29 f.). Dasselbe kann auf eine Politik zutreffen, die den Interessen einer „Lobby“ zuwiderläuft. Die Liberalisierung der Steinkohle-Importe mag beispielsweise die Energiepreise sinken lassen und dadurch

[18] In diesem Sinne *Frey*, 1977, S. 203.

zahlreichen Menschen Wohlfahrtsgewinne bescheren. Weil sich aber diese Gewinne auf viele Wähler verteilen und deshalb beim Einzelnen kaum spürbar sind, zahlen sie sich kaum in Form eines Gewinns an Wählerstimmen aus, während in den betroffenen Bergbau-Regionen mit einiger Sicherheit Wählerstimmen verloren gehen. Ein ökonomisch rational handelnder Politiker dürfte also keine Politik dieser Art betreiben. Tut er es trotzdem, dann handelt es sich ebenfalls um eine „Anomalie", die zunächst nicht im Rahmen des Begriffssystems der NPÖ erklärt werden kann.

Nun wären die Vertreter der NPÖ nicht von der Leistungsfähigkeit ihrer Methode überzeugt, würden sie nicht versuchen, auch solche Fälle mit Hilfe ihres analytischen Instrumentariums zu interpretieren. Eine Theorie gilt also umso leistungsfähiger, je mehr Sachverhalte sie zu erklären vermag. Es entspricht deshalb dem Interesse, die Vorzüge der eigenen Theorie zur Geltung zu bringen, wenn der **„ökonomische Imperialismus"** auch auf Sachverhalte **ausgedehnt** wird, die sich zunächst einer Erklärung entziehen. Auf einer rein begrifflichen Ebene ist dies nicht allzu schwierig. Man braucht bloß die verwendeten Begriffe weit genug definieren.[19] Der „Nutzen" des Wählers kann dann beispielsweise auch in der Befriedigung gesehen werden, am öffentlichen Ereignis einer der Wahl teilzunehmen;[20] der „Nutzen" eines Politikers lässt sich als Genugtuung interpretieren, in Übereinstimmung mit einer liberalen Gesinnung zu handeln. Den Präferenzen des Individuums wird a priori eine Vorliebe für „Freiheit um ihrer selbst willen" zugewiesen; dann (und nur dann) ist eine Rekonstruktion des freiheitlichen Rechtsstaates auf der Grundlage eines ökonomischen Kalküls möglich (*Petersen*, 1996, S. 167). Kurz: Bei entsprechender Definition der zentralen Begriffe kann jedes Verhalten und die Entstehung jeder Institution mit Hilfe des methodischen Ansatzes der NPÖ „erklärt" werden.

Es ist offenkundig, welche **Probleme** damit verbunden sind. Mit der Dehnung ökonomischer Begriffe geht deren Operationalität verloren und es entstehen Leerformeln.[21]. Der Unternehmer kann seine Erträge messen. Der Ertrag bzw. Nutzen einer Beteiligung am

---

[19] Dafür spricht sich sehr dezidiert *Pies* (1998, S. 19) aus.

[20] Oder man wählt eine ökonomische Interpretation von „ideologischer Prägung, traditioneller Parteibindung oder momentaner Begeisterung". Diese Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens erwähnt *Behrends (*2001, S. 170).

[21] *Kirsch*, 1983, S. 10. Zur Überdehnung ökonomischer Begriffe siehe *Barry*, 1974, S. 48. Auch *Brennan/Buchanan* /1984, S. 386) warnen vor dem Verlust an „elegance and simplicity" der Analyse, wenn die ökonomischen Begriffe zu weit ausgedehnt werden. Den Verlust an analytischer Schärfe, den der „ökonomische Imperialismus" durch eine Überdehnung seiner Begriffe erleidet, illustrierte *Bertram Schefold* in der Diskussion durch eine Anspielung auf politische Imperialismen: „Die Eroberer können von der besiegten Bevölkerung aufgesogen werden".

öffentlichen Ereignis „Wahl“ lässt sich kaum messen (während die dem Wähler entstehenden Wege- und Zeitkosten durchaus quantifizierbar sind). Damit verbunden ist die Gefahr einer Immunisierung des eigenen Verfahrens. Jedes empirische Ergebnis kann mit den vorgegebenen Hypothesen in Übereinstimmung gebracht werden, wenn man die verwendeten Begriffe (nachträglich) weit genug interpretiert. Die Neigung, dies zu tun, ist offenbar umso stärker, je mehr man die Vorzüge der eigenen Methode demonstrieren will. Wird aber eine Falsifizierbarkeit der eigenen Theorie ausgeschlossen, dann verliert sie ihren empirischen Gehalt [22] und ihre Aussagen werden tautologisch.[23]

Damit werden die **Grenzen** einer **ökonomischen Theorie der Politik** sichtbar. Eine rein ökonomische Rekonstruktion staatlicher Institutionen ist nur möglich, wenn man der Präferenzstruktur der Individuen a priori bestimmte Inhalte zuweist und wenn man die zentralen Begriffe des Analyse-Schemas weit genug definiert. Wie diese Definitionen bzw. Festlegungen aussehen müssen, ist innerhalb des ökonomischen Erklärungsschemas nicht mehr sinnvoll zu klären. Eine ökonomische Theorie der Politik ist deshalb auf die Ergänzung durch andere Disziplinen angewiesen.[24] Diese Feststellung fehlt zwar in kaum einer Darstellung der NPÖ. Häufig entsteht aber der Eindruck, dass ihr kaum eine praktische Bedeutung zugemessen wird. Das ausgeprägte Interesse an der weitestgehenden Ausdehnung des eigenen Erklärungsanspruchs öffnet nicht gerade den Blick für andere Erklärungsmöglichkeiten.

---

[22] *Behrends*, 2001, S. 173 mit Bezug auf das Popper-Kriterium der Falsifizierbarkeit. *Pies* sieht in der mangelnden Falsifizierbarkeit von Hypothesen, die im Rahmen einer allgemeinen ökonomischen Verhaltenstheorie abgeleitet werden, überhaupt keinen Mangel, denn bei dieser Theorie ginge es ohnehin nicht um irgendwelche Aussagen über die Realität, sondern um ein rein formales „Analyse-Schema, das die Generierung von Aussagen über die Realität anleitet“ (*Pies*, 1998, S. 19). Zu fragen ist allerdings, ob Aussagen über die Realität nicht sehr verzerrend oder inhaltslos sind, wenn sie ausschließlich nach dem ökonomischen Analyse-Schema generiert werden.

[23] Ob der „ökonomische Imperialismus“ zu tautologischen Aussagen führt, ist umstritten. *Nutzinger* (1995, S. 248) meint, dass er „quasi am Rand der Tautologie lustwandelt“, weil er ständig der Gefahr zu erliegen drohe, mittels beliebig herangezogener ökonomischer Kategorien sowohl ein Ergebnis A als auch dessen Gegenteil von A „erklären“ zu wollen. Demgegenüber ist *Schramm* (1996, S. 241,Fn. 36) der Meinung, diese Gefahr sei durchaus zu vermeiden, „wenn man den ökonomischen Ansatz strikt als Analyse einer markanten ‚Situationslogik’ durchführt; eine solche ‚Logik der Situation’ provoziert im Ergebnis ein (situationslogisches) Verhalten A und schließt konsequent ein Verhalten non A (systematisch) aus“. Als „Situationslogik“ wird dabei eine Handlungsstruktur verstanden, in der es ausschließlich darum geht, Verhaltensänderungen aus der Änderung ökonomischer Restriktionen (Kosten-Ertrags-Strukturen) zu erklären. Wie auf diese Weise die Gefahr des „Lustwandelns am Rand der Tautologie“ vermieden werden soll, wird nicht recht klar, denn schließlich ist es gerade die Beliebigkeit, mit der alle möglichen Verhaltensdeterminanten in ökonomische Restriktionen uminterpretiert werden, die eine Aussage tautologisch werden lässt.

[24] *Kirsch*, 1983, S. 11. - *Behrends* (2001, S. 170 f.) will den „methodologischen Individualismus“ durch einen „methodologischen Holismus“ ergänzt wissen. Im gleichen Sinne auch *Lehner*, 1981, S. 12.

Hat dies – um die oben gestellte Frage wieder aufzunehmen – auch Auswirkungen auf den **Gestaltungsanspruch** der NPÖ? Es ist unbestreitbar, dass die skeptische Nüchternheit, zu der die NPÖ erziehen will, den Blick für eine Institutionenbildung schärft, die sowohl den Machtwillen der Regierenden zügelt als auch dem Individuum Grenzen setzt. In dieser Hinsicht hat die NPÖ zu mehr Rationalität in der Politik beigetragen. Ebenso wenig ist aber zu bestreiten, dass Institutionen der genannten Art kaum zustande kommen, wenn alle Beteiligten nur so handeln, wie es ihnen das Analyse-Schema des „ökonomischen Imperialismus" nahe legt.[25] Ein funktionierendes Staatswesen ist nun einmal darauf angewiesen, dass beispielsweise Beamte nicht nur vom Streben nach „Gehalt, Nebenbezügen, öffentlichem Ansehen, Patronatentum…" angetrieben werden, sondern dass sie auch so etwas wie „Pflichtgefühl" kennen. Das würden einsichtige Vertreter der NPÖ auch gar nicht bestreiten. Die Frage ist nur, ob die von ihnen propagierte Analyse-Methode eine solche Motivation nicht unterhöhlt, indem sie diese systematisch in ökonomische Kategorien uminterpretiert. Wird jemand aus „Pflichtbewusstsein" handeln wollen, wenn er unter dem Vorzeichen wissenschaftlicher Aufklärung (und mit keinem anderen Anspruch tritt die NPÖ auf) vermittelt bekommt, dass nichts anderes als die individuelle Vorteilsmaximierung rational sei?[26]

Die Vertreter der NPÖ mögen diese Frage als unzulässig verwerfen und dies damit begründen, dass sie die Ebene eines formalen Analyse-Schemas mit derjenigen der Verhaltensmotivation real existierender Personen vermischt. Aber ist es nicht gerade der praktische Gestaltungsanspruch der NPÖ, der diese beiden Ebenen miteinander verschränkt, und wird nicht dieser praktische Anspruch durch das gewählte Analyse-Schema unterhöhlt? Worauf es beim „Wunder" (*Buchanan*) einer sozialen Ordnung ankommt, das ist nicht nur die skeptisch-nüchterne Konstruktion von „checks and balances", zu dem die NPÖ das Werkzeug liefert, sondern auch eine **staatsbürgerliche Motivation,** für die in diesem „Werkzeugkasten" kein Platz ist und die möglicherweise unter dem massiven Geltungsanspruch eines ökonomischen Analyse-Instrumentariums verkümmert.[27]

---

[25] „Setzt man streng eigennütziges Verhalten aller Individuen voraus, so wäre eine Demokratie nicht funktionsfähig", *Kirchgässner* (1994, S. 41). Den „Homo Oeconomicus-Test" (siehe dazu unten, Abschnitt 4) würde das institutionelle Arrangement der Demokratie nach *Kirchgässner* „nicht bestehen" (ebenda).

[26] Im Blick auf politische Akteure, die in den Denkkategorien des „ökonomischen Imperialismus" zu Hause sind, meint *Osterloh (*1996, S. 213), es bleibe offen, wie solche Politiker „den ‚Marsch durch die Institutionen' durchlaufen können und – oben angekommen – plötzlich vom homo oeconomicus zum zoon politikon mutieren."

[27] *Jürgen Kromphardt* wies in der Diskussion darauf hin, dass deshalb unterschieden werden müsse zwischen der NPÖ als einem heuristischen Ansatz und einem methodologischen „Imperialismus", der den Blick auf andere Erklärungsansätze verstellt.

Dies ist freilich ein Thema, das über den Horizont der NPÖ hinausgeht und das die ethische Motivation zum wirtschaftlichen (und politischen) Handeln berührt. Es ist kein Zufall, dass der intellektuelle „Umsturzversuch“ der „Neuen Linken“ nicht nur zum Nachdenken über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, sondern auch zur Diskussion über das Verhältnis von Ethik und Wirtschaft angeregt hat.

4. Wirtschaftsethik: eine ökonomischen Rekonstruktion der Moral ?

Im September 1984 traf sich an der Hochschule St. Gallen eine Gruppe von Ökonomen, Philosophen und Theologen, um über „Fragen der Ethik und der Wirtschaft“ zu diskutieren, die – so die gemeinsame Auffassung der Hochschule und des Vereins für Socialpolitik – „in ihrer gegenseitigen Durchdringung dringend einer erneuten wissenschaftlichen Erörterung bedürfen“[28]. Die Kritik der „Neuen Linken“ an der herkömmlichen Wirtschaftstheorie war auch eine Kritik an der weitgehenden Ausklammerung ethischer Fragen aus der ökonomischen Theorie, und diese Kritik artikulierte ein weit verbreitetes Unbehagen über die „Unmoral der Wirtschaft“. Die in St. Gallen versammelte Gruppe sah sich herausgefordert, die in der Öffentlichkeit gestellten Fragen aufzugreifen und an der **Überwindung** eines „**blinden Flecks**“ der Wirtschaftstheorie zu arbeiten.

In den Entstehungsjahren der modernen Nationalökonomie hatte es noch kein Defizit dieser Art gegeben. *Adam Smith* war bekanntlich Moralphilosoph, und zwischen seiner “Theorie der ethischen Gefühle“ und seiner „Untersuchung über den Wohlstand der Nationen“ gab es durchaus eine Einheit. Das viel diskutierte „*Adam Smith*-Problem“ einer Diskrepanz zwischen beiden Werken war viel weniger ein Problem von *Adam Smith* als das seiner Exegeten. Dass es überhaupt diskutiert werden konnte, war ein Symptom dafür, dass sich im Laufe der Zeit **auseinander entwickelte**, was **ursprünglich** noch eine **Einheit** war. Das Nachdenken über ökonomische Zusammenhänge löste sich aus dem Verbund der praktischen Philosophie, hielt ethische Werte für nicht mehr diskussionswürdig, vergaß sie schließlich und wurde in ethischen Fragen „autark“: Die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts schien alle relevanten Fragen innerhalb des ökonomischen Begriffssystems beantworten zu können. Ethik hatte sich – etwas überspitzt formuliert – aufgelöst in Ökonomik. Es ist nicht

[28] *Helmstädter* im Vorwort zum Tagungsband des St. Galler Treffens, herausgegeben von *Enderle*, 1985.

verwunderlich, dass dies am Ende der 1960er Jahre als ebenso realitätsfern empfunden wurde wie die Ausblendung politischer Zusammenhänge aus der ökonomischen Theorie.

Die erwähnte St. Galler Tagung führte zur Gründung einer **„temporären Arbeitsgruppe“** „Wirtschaftswissenschaft und Ethik“, die sich – nach Ablauf einer vom Vereinsvorstand verordneten „Bewährungsprobe“ - im Jahre 1989 als ständiger **Ausschuss** des Vereins für Socialpolitik etablierte. Aus der Arbeit dieses Ausschusses sind seitdem zahlreiche Veröffentlichungen hervorgegangen, wozu nicht nur die jeweiligen Tagungsbände gerechnet werden können, sondern auch zahlreiche Einzelveröffentlichungen, die im Umkreis dieses Ausschusses publiziert wurden. In diesen wissenschaftlichen Beiträgen kommt ein Verständnis von „Wirtschafts- und Unternehmensethik“ zum Ausdruck, das sich vom US-amerikanischen „approach“ etwas abhebt. Es geht weniger um praxisbezogene „case studies“, als um die Klärung von Grundsatzfragen, wobei unterschiedliche Ansätze verfolgt werden. In wirtschaftsethischen Fragen ist also die deutschsprachige Diskussion weniger stark an diejenige im angelsächsischen Raum angebunden, als dies bei der NPÖ der Fall ist. Bei der folgenden Darstellung dieses Themenbereichs bietet es sich an, auch die nach 1985 erschienen Arbeiten zu berücksichtigen, da die Behandlung wirtschaftsethischer Themen erst gegen Ende der 1980er Jahre in Schwung kam.

Was das **Spektrum** der behandelten Themen[29] anbelangt, so ist eine zweifache Entwicklung zu beobachten. Während es zu Beginn der Diskussion noch relativ viele Beiträge aus philosophischer und theologischer Sicht gab, hat ihre Zahl im Laufe der Jahre abgenommen und dafür rückten Arbeiten in den Vordergrund, die aus der Perspektive von „mainstream economics“ geschrieben wurden. Im Blick auf diese letzteren Studien lässt sich eine Zunahme von Arbeiten zu beobachten, in denen streng formal argumentiert wird. Ergänzt wurden sie durch spieltheoretische Untersuchungen. Die beteiligten Ökonomen waren also mit Erfolg bemüht, die nicht unstrittige Anerkennung ihrer Teildisziplin innerhalb der „economic community“ durch eine konsequente Anwendung wirtschaftswissenschaftlicher Analysetechniken zu erreichen. Dass dabei der interdisziplinäre Dialog etwas zu kurz kam, steht auf einem anderen Blatt.

---

[29] Einen Überblick über die wirtschaftsethische Diskussion im deutschsprachigen Raum geben die Tagungsbände des Ausschusses „Wirtschaftswissenschaft und Ethik“: *Hesse* (1988); *Homann* (1994a); *Nutzinger* (1994 und 1996); *Gaertner* (1998 und 2000); *Arnold* (2002).

Aus der Vielzahl der publizierten Arbeiten sollen hier einige herausgegriffen werden, an deren Beispiel sich die unterschiedlichen Ansätze einer Wirtschaftsethik deutlich machen lassen. Eine der frühesten Arbeiten stammt aus dem Jahre 1981 und sie wurde von *Koslowski* geschrieben. Seine Studie über die „Ethik des Kapitalismus“ ist vor dem Hintergrund der neomarxistischen Kapitalismus-Kritik jener Tage zu lesen. Die Fragen dieser Kritiker werden aufgenommen, aber nicht in der für die damalige Zeit üblichen, ideologiekritischen Art behandelt, sondern im Rahmen eines weit ausholenden **philosophischen Diskurses**. Die Entwicklung zum Kapitalismus wird als Prozess einer Autonomisierung der Wirtschaft gesehen, der dem Individuum neue Freiheitsspielräume erschlossen habe. Weil aber „Freiheit“ zum Guten wie zum Bösen gebraucht werden könne, benötige der Kapitalismus ethische Leitlinien, die nicht im Rahmen eines ökonomischen Kalküls gewonnen werden könnten, sondern diesem vorzugeben seien („Ethik als meta-ökonomische Bewertung von Handlungsalternativen“, *Koslowski*, 1986, S. 54). In weiteren Veröffentlichungen hat *Koslowski* diesen Gedanken entfaltet und die „Prinzipien einer ethischen Ökonomie“ entworfen, mit denen das ehrgeizige Programm verfolgt wird, zur „älteren philosophischen Tradition der aristotelischen praktischen Philosophie als Einheit von Ethik, Ökonomie und Politik (zurückzukehren)“ (*Koslowski*, 1988, S. 5).

Es mag an der vorwiegend philosophischen Ausrichtung dieses Programms gelegen haben, dass es in der „economic community“ einen vergleichsweise geringen Widerhall fand. Etwas größer war die Resonanz für die „**integrative Wirtschaftsethik**“ von *Ulrich*.[30] Auch hier wirken die Auseinandersetzungen der 1970er Jahre nach, wenn es beispielsweise heißt, eine „Vernunftethik des Wirtschaftens“ sei „immer auch eine vorbehaltlose und allseitige Ideologiekritik“ (*Ulrich*, 1997, S. 14). Einer kritischen Analyse wird insbesondere der „Ökonomismus“ unterzogen, worunter eine „Verabsolutierung und normative Überhöhung ökonomischer Gesichtspunkte“ verstanden wird (a.a.O., S. 15). *Ulrich* will dieser, unter dem Mantel der Sachlogik auftretenden Ideologie mit einer „Grundorientierung für lebensdienliches Wirtschaften“ entgegentreten. Der Mensch soll also im Mittelpunkt stehen, nicht die Wirtschaft. Deshalb müsse die Wirtschaft eingebettet sein in eine „wohlgeordnete Gesellschaft freier Menschen“. Eine solche Ordnung komme gerade nicht zustande, wenn alle Menschen nach dem Muster eines homo oeconomicus handelten, sondern nur dann, wenn verantwortungsbewusste „Wirtschaftsbürger“ bereit seien, ihre ökonomischen Ziele im Blick auf deren „Lebensdienlichkeit“ hin zu überprüfen und eine institutionelle Ordnung mit zu

[30] Die ersten Beiträge *Ulrichs* stammen aus den 1980er Jahren, wie z.B. *Ulrich*, 1987. Die hier entwickelten Gedanken wurden weitergeführt in *Ulrich*, 1997.

gestalten, die dem Zweck der „Lebensdienlichkeit“ entspreche und für die das reibungslose Funktionieren ökonomischer Mechanismen keinen Selbstzweck darstelle. In einer solchen Ordnung sei auch der „Wirtschaftsbürger“ in seiner Rolle als Unternehmer dazu aufgefordert, das Gewinnziel in eine ethische Gesamtverantwortung gegenüber allen „stakeholders“ einzubinden.

Dieser Ansatz steht in einem deutlichen Kontrast zu der **ökonomischen Theorie der Moral,** wie sie von *Homann* und seinen Schülern vorgelegt worden ist.[31] Sie versteht sich ausdrücklich als eine Anwendung des Programms des „ökonomischen Imperialismus“ auf den Bereich der Wirtschaftsmoral.[32] Weil dieses Vorgehen eine breite Kontroverse ausgelöst hat, soll es hier etwas ausführlicher dargestellt werden.

Die „**destruktive“ Stoßrichtung** dieses Ansatzes gilt der Entlarvung von „Moralität“ als einer vormodernen Sichtweise, die den Systemzusammenhängen der Moderne nicht mehr gerecht werde. Inspiriert von *Luhmanns* sarkastischer Kritik an der „Appellitis“, mit der moralische Forderungen von außen her an die Funktionsträger gesellschaftlicher Subsysteme herangetragen werden, wird den individuellen Versuchen, wirtschaftliche Eigengesetzlichkeiten moralisch zu „domestizieren“, eine klare Absage erteilt.[33] Solche Versuche seien schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil das einzelne Wirtschaftssubjekt in einer ausdifferenzierten, arbeitsteiligen Wirtschaft die Fernwirkungen seiner eigenen wirtschaftlichen Entscheidungen überhaupt nicht mehr kontrollieren könne. Auch die edelste Gesinnung könne beispielsweise nicht verhindern, dass das eigene Tun ethisch unerwünschte Konsequenzen habe. Die Umkehrung dieses Satzes lautet: Auch bei einer weniger edlen Gesinnung können geeignete Institutionen dafür sorgen, dass die individuellen Entscheidungen zu ethisch vertretbaren Ergebnissen führen. Nicht auf die Gesinnung komme es also an, sondern auf die Bedingungen des Handelns. Die **Gesinnung**sethik müsse abgelöst werden durch eine **Bedingung**sethik, oder besser gesagt eine Ordnungs- bzw.

---

[31] Siehe dazu u.a.: *Homann* (1988, 1993, 1994b, 1998, 2001); *Homann/Blome-Drees* (1992); *Homann/Pies* (1994); *Suchanek* (2001); *Pies* (2000).

[32] „Voraussetzung für den neuen Diskurs zwischen Ethik und Ökonomik ist….der sog. ‚ökonomische Imperialismus’, wie er von *G.S.Becker* entwickelt worden ist“, *Homann*, 2001, S. 104. In den Jahren davor wollte *Homann* sich nicht so verstanden wissen, als werde „einem ökonomischen Imperialismus das Wort geredet“ (*Homann*, 1988, S. 235).

[33] So besonders deutlich bei *Pies*, 2000.

Institutionenethik. Der „systematische Ort“ der Moral liege in den Institutionen und nicht im Gewissen des Einzelnen, lautet ein programmatischer Satz *Homanns.*[34]

Damit wird die **konstruktive Stoßrichtung** dieses Programms deutlich. Es geht um eine **Rekonstruktion von Moral mit Hilfe der ökonomischen Theorie**. Die ökonomische Logik, die ganz im Sinne der NPÖ verstanden wird (siehe oben Seite 11), soll dazu verhelfen, Institutionen zu konzipieren, die den Freiheitsspielraum des Einzelnen sichern, ein effizientes Wirtschaften ermöglichen und damit zu einer allgemeinen Wohlstandserhöhung beitragen. Die Hauptaufgabe solcher Institutionen besteht darin, gesellschaftliche **Dilemmata** zu **überwinden**, d.h. Konflikte zwischen gesellschaftlicher und individueller Rationalität. Solchen Dilemma-Situationen wird eine geradezu paradigmatische Bedeutung für moderne Gesellschaften zugewiesen. Das individuelle Gewinnstreben stehe beispielsweise prima facie im Konflikt zur Verwirklichung des Gemeinwohls. Nicht in einer moralischen Kraftanstrengung des Individuums könne die Überwindung dieses Konflikts gesucht werden, sondern nur in der Etablierung geeigneter Institutionen. Im Falle der Produktion und Distribution privater Güter sei der **Wettbewerb** eine solche Institution, und hier befindet sich *Homann* in bester Übereinstimmung mit *Adam Smith,* dem die „economic community“ den unvergesslichen Satz verdankt, dass nicht die „Nächstenliebe“, sondern die „Eigenliebe“ in einer geordneten Wettbewerbswirtschaft für das Wohl des Nächsten sorgt.[35] Im Falle öffentlicher Güter sei dagegen der Wettbewerb keine geeignete Institution zur Beherrschung von Dilemmata. Hier müssten andere Regelsysteme etabliert werden, wie z.B. staatliche Zwangsabgaben, Auflagen, ein staatlich geordneter Zertifikate-Handel im Umweltschutz usw.

Der Prüfstein für brauchbare Institutionen ist stets der „**homo oeconomicus-Tes**t“ (HO-Test; *Homann/Pies*, 1994, S. 11): Ein Regelsystem muss auch in einer Welt streng rational handelnder Nutzen- und Gewinnmaximierer bestehen können. Es darf nicht auf Motive zurückgreifen wollen, die im Prämissen-Satz der ökonomischen Verhaltenstheorie nicht vorkommen, also etwa auf „Pflichtgefühl“, „Gemeinsinn“, „Loyalität“ usw. Nur „HO-geprüfte“ Institutionen haben eine Chance, in der Wettbewerbsökonomie respektiert zu werden. Von diesem Gedanken ist es nur ein kleiner Schritt zu der Aussage, dass die

[34] „Der systematische Ort der Moral in der modernen Wirtschaft ist die Rahmenordnung“, *Homann/Blome-Drees*, 1992, S. 35. Später hat *Homann* diesen Satz etwas relativiert. Danach ist die Rahmenordnung weder der einzige noch der wichtigste Ort der Moral in der Marktwirtschaft, sondern der „systematische Ort“ in dem Sinne, dass die Rahmenordnung für die wettbewerbsneutrale Anwendung der Moral sorgt (*Homann*, 1993, S. 35).

[35] Bei *Homann/Blome-Drees* (1992, S. 49) lautet der Satz folgendermaßen: „Die moralische Vorzugswürdigkeit der Marktwirtschaft liegt darin, dass sie das beste bisher bekannte Mittel zur Verwirklichung der Solidarität aller Menschen darstellt.“

Möglichkeit der **Durchsetzung** einer Norm auf die **Begründung** von Normen durchschlägt.[36] Die ökonomische Theorie der Moral sieht es keineswegs als ihre Aufgabe, Durchsetzungsmöglichkeiten für vorgegebene Normen zu entwickeln, sondern sie will selber entscheiden, was eine Norm sein kann und was nicht. Es geht also um nichts weniger als um eine **ökonomische Begründung von Moral**.

Die Stellungnahmen dazu variieren zwischen emphatischer **Ablehnung** von philosophischer und theologischer Seite und einer ebenso emphatischen **Zustimmung** innerhalb der „economic community". Beides ist verständlich. Für diejenigen Disziplinen, die sich traditionellerweise zuständig wissen für die Klärung ethischer Prinzipien, scheint nichts Erklärungsbedürftiges mehr übrig zu bleiben, obwohl *Homann* betont, es ginge ihm keineswegs um eine „Verdrängung" anderer Disziplinen, sondern um einen „Paralleldiskurs". Damit ist gemeint, dass dieselben Themen innerhalb des Begriffssystems verschiedener Disziplinen reflektiert werden, ohne dass dabei ein Wechsel von einem System in ein anderes stattfindet. Das Thema „Nächstenliebe" müsste beispielsweise parallel zum theologischen Diskurs (und nicht als Ersatz zu ihm) auch in der Sprache der Ökonomie entfaltet werden. Ob sich dieser „Paralleldiskurs" durchhalten lässt, ist allerdings fraglich. Der ökonomische Diskurs tritt mit dem massiven Anspruch auf, den Bedingungen der Moderne angemessen zu sein, wodurch jeder andere Diskurs automatisch in den Verdacht gerät, einer vergangenen Welt anzugehören und deshalb keine brauchbaren Ergebnisse mehr liefern zu können. Die Ablehnung, die der *Homannsche* Ansatz von philosophischer und theologischer Seite (keineswegs einheitlich!) erfährt, ist also verständlich.

Ebenso verständlich ist die Zustimmung von ökonomischer Seite. Der **wirtschaftliche Akteur** sieht sich **entlastet** von allen moralischen Zumutungen, die in Konflikt geraten könnten mit seinem ökonomischen Vorteilsstreben. Es wird ihm bestätigt, dass für die Lösung solcher Konflikte nicht er, sondern „der institutionelle Unternehmer" zuständig sei, und darunter kann er bequem einen anderen verstehen als sich selbst. Analog dazu sieht sich die **ökonomische Theorie** von der Aufgabe **entlastet**, ethische Prinzipien in ihre Entscheidungslogik einzubauen. Dies erscheint genauso überflüssig, wie es im traditionellen Gleichgewichtsdenken der Neoklassik der Fall ist. Auch mit den neomarxistischen Kritikern der Neoklassik befindet sich die ökonomische Theorie der Moral in Übereinstimmung, und zwar insofern, als sie sagt: Auf die Motive des Einzelnen kommt es nicht an, sondern

[36] „Die normative Gültigkeit von moralischen Regeln hängt von der anreizkompatiblen Gültigkeit ab: die Implementierbarkeit schlägt auf die Geltung durch", *Homann*, 2001, S. 100.

lediglich auf die Systemmerkmale. Im Unterschied zu den Neomarxisten wird allerdings betont, dass im Interesse ethisch vertretbarer Ergebnisse des Wirtschaftens kein „Systembruch“ notwendig sei. Wie lassen sich aber die Institutionen des Kapitalismus so gestalten, dass sie die Handlungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte auf ein (im ethischen Sinne) „gutes“ Ergebnis hin lenken?

Hier tritt nun eine merkwürdige **Schwäche** der *Homann'schen* Argumentation zutage. Selbstverständlich wird den Akteuren der Institutionenbildung kein anderes Verhalten unterstellt, als das rationale Streben nach dem eigenen Vorteil. *Homann* sieht aber sehr wohl, dass es niemals zu ethisch vertretbaren Institutionen käme, würden alle Akteure ihren Vorteil nur in einer kurzfristigen Gewinn- oder Nutzenmaximierung sehen. Sie würden beispielsweise keine Umweltgesetzgebung zustande bringen, die im Interesse künftiger Generationen liegt, in der Gegenwart aber zu Kostensteigerungen führt. Deshalb wird ein **„offener“ Vorteilsbegriff** zugrunde gelegt, der beispielsweise das Wohl künftiger Generationen zu einem Vorteil der heute lebenden Generation macht.[37] Nicht anders als in der Argumentation der NPÖ werden also die den Akteuren unterstellten Präferenzen so angereichert, dass eine ethisch vertretbare Institutionenbildung aus dem „Vorteilsstreben“ der Individuen rekonstruierbar ist. Es fällt schwer, in diesem Vorgehen keinen „Taschenspielertrick“ zu sehen.

Darüber hinaus entsteht eine merkwürdige Inkonsistenz. Die Institutionen müssen den „HO-Test“ bestehen, sonst haben sie nach der *Homann'schen* Theorie keinen Bestand. Sie müssen sich also in einer Welt von homines oeconomici bewähren, die streng rational nach ihrem eigenen Vorteil trachten. Im „HO-Test“ wird dabei selbstverständlich ein **enger Vorteilsbegriff** zugrunde gelegt. Institutionen müssen sich im harten marktwirtschaftlichen Wettbewerb bewähren können, in dem es annahmegemäß um die in Geld gemessenen Aufwendungen und Erträge geht – und um nichts anderes. Einmal wird also systemimmanent mit einem engen, zum anderen mit einem weiten Vorteilsbegriff gearbeitet. Angesichts dieser

[37] Der „offene Vorteilsbegriff des *Gary S. Becker* (umfasst) Einkommen und Vermögen ebenso wie Gesundheit, Muße und ein ‚gutes Leben' in Gemeinschaft mit anderen“ *(Homann*, 2001, S. 96). Der „offene Vorteilsbegriff“ lässt sich demnach so interpretieren, dass er ohne Schwierigkeiten die Rekonstruktion ethisch verantwortbarer Institutionen aus dem individuellen „Vorteilskalkül“ erlaubt. – Auf einer völlig anderen Ebene liegt die Argumentation, dass mit der Erziehung zum moralischen Verhalten ein „Moralkapital“ aufgebaut wird, das einen messbaren wirtschaftlichen Ertrag abwirft. So kann *Tautscher* (1963, S. 363) beispielsweise davon sprechen, dass „die Religion als Grundlage echter Gemeinschaftsgesinnung und richtiger ethischer Verhaltensweise zur Produktivkraft (wird)“. Diese „Produktivkraft“ entsteht gerade nicht aus einem ökonomischen Kalkül – es sei denn, dieses wird so weit gefasst, dass der Vorteilsbegriff analytisch unbrauchbar wird. - Den Hinweis auf *Tautscher* verdankt der Verfasser *Karl Acham*.

schillernden Begrifflichkeit wird man kaum von einer konsistenten Argumentation reden können.

Etwas Weiteres kommt hinzu. Das ganze Programm einer Rekonstruktion von Moral durch das ökonomische Vorteilskalkül geht davon aus, dass bei dem auf verschiedenen Ebenen stattfindenden „Parelleldiskurs“ das ökonomische Denken nicht auf andere Ebenen durchschlägt. Kann das wirklich vermieden werden? Ist beispielsweise auszuschließen, dass die Einübung dieses Kalküls, das (bei gegebenen Präferenzen) immer auf extrinsische Handlungsanreize abstellt, eine **intrinsische Handlungsmotivation verdrängt**? Zahlreiche Experimente haben gezeigt, dass dies keineswegs immer zu vermeiden ist. Intrinsische Motivationen – also z.B. „Pflichtbewusstsein“, „staatsbürgerliche Verantwortung“, „Loyalität“ usw. – können durch extrinsische Anreize – also z.B. eine monetäre Entlohnung – gestärkt, unter bestimmten Umständen aber auch geschwächt werden. Das Letztere ist dann der Fall, wenn der kontrollierende und nicht der informative Aspekt eines Handlungsanreizes überwiegt und damit der Eigenkontrolle des Handelnden implizit misstraut und sein Selbstbewusstsein geschwächt wird.[38] Die ökonomische Theorie der Moral würde in diesem Fall nicht einer Rekonstruktion, sondern einer **Destruktion von Moral** Vorschub leisten. Im *Homannschen* Programm kommt diese Möglichkeit nicht vor, im Gegenteil: Die etwaige Verdrängung einer „vormodernen“ moralischen Einstellung durch das ökonomische Vorteilskalkül wird als „Lernerfolg“ ausdrücklich begrüßt[39].

Um die kritischen Anmerkungen zum *Homann'schen* Ansatz um einen letzten Punkt zu ergänzen: Für eine **Ethik des Unternehmens** bietet er **kaum eine brauchbare Grundlage**. Der wirtschaftliche Akteur im *Homann'schen* Programm ist eine Kunstfigur, nämlich der

---

[38] *Osterloh* (1996, S. 215) unter Bezugnahme auf *Deci/Ryan* (1985). Siehe dazu auch *Frey* (1994).

[39] In diesem Sinne ist die Interpretation der Befragungsergebnisse von *Frank/Gilovich/Regan* (1993) durch *Homann/Suchanek* (2000, S. 464) zu interpretieren. *Frank/Gilovich/Regan* haben an der US-amerikanische Cornell-Universität Studierende des 1. Semesters zu Beginn und am Ende verschiedener Semesterkurse u.a. danach gefragt, wo hoch sie die Wahrscheinlichkeit eines ehrlichen Verhaltens im Geschäftsalltag einschätzen. Bei den Teilnehmern eines traditionellen mikroökonomischen Kurses war eine relativ starke Abnahme dieser Wahrscheinlichkeit festzustellen. Die Autoren folgerten daraus, dass diese Art der Wissensvermittlung zu einer vergleichsweise starken Zunahme von „Opportunismus“ geführt habe. Die Untersuchung von *Frank/Gilovich/Regan* ist nicht unbestritten geblieben. Interessant ist, dass *Homann/Suchanek* ihr Ergebnis keineswegs infrage stellen, sondern positiv bewerten: „Die während des 1. Semesters mit Dilemmastrukturen und dem homo oeconomicus traktierten Studierenden waren in der Lage, soziale Ausbeutungssituationen schneller und sicherer zu erkennen als ihre Kommilitonen und Kommilitoninnen aus anderen Studiengängen, und sie sicherten sich durch präventive Gegenausbeutung dagegen ab“ *(Homann/Suchanek*, 2000, S. 464). Mit anderen Worten: Die Einübung der ökonomischen Denkweise habe den großen Vorteil, dass der Einzelne schneller erkenne, dass „der Ehrliche der Dumme“ sein könne und dass es deshalb klüger sei, Ehrlichkeit zu vermeiden, wenn damit kein unmittelbarer wirtschaftlicher Vorteil verbunden sei. Deutlicher kann man wohl nicht zum Ausdruck bringen, dass die Verdrängung intrinsischer Handlungsmotive, die sich nicht unmittelbar ökonomisch verrechnen lassen, nicht nur geduldet, sondern bewusst angestrebt wird.

homo oeconomicus, der sich einer ganz bestimmten Situationslogik gegenübersieht. Ihm wird unterstellt, dass er seinen maximalen Gewinn anstrebt und nichts anderes will (oder doch, wenn er als Mit-Gestalter von Institutionen gebraucht wird; siehe dazu die obigen Bemerkungen zur „schillernden Begrifflichkeit"). Für das real existierende Unternehmen bietet das Agieren der Kunstfigur in einer theoretisch präparierten Situationslogik kaum eine Orientierungshilfe. „Gewinnmaximierung" ist ein unternehmerisches Konzept, „das es nur auf dem Papier gibt" (*Thommen*, 1996, S. 189). Die tatsächlichen Zielsetzungen eines Unternehmens sind sehr viel komplexer. In einer empirischen Studie zeigen beispielsweise *Collins/Porras* (1995), dass erfolgreiche Unternehmen keineswegs in erster Linie nach einer Gewinnmaximierung streben, sondern „ein ganzes Bündel von Zielen" verfolgen, wobei „das ‚Geldmachen' ..nur eines davon und nicht einmal unbedingt das wichtigste (ist)….Und doch erwirtschaften die visionären Unternehmen paradoxerweise einen höheren Gewinn als die stärker gewinnorientierten Vergleichsunternehmen" (a.a.O., S. 18). Wirtschaftlicher Erfolg entsteht offenbar als Nebeneffekt bei der Verwirklichung einer unternehmerischer Vision[40] und gerade nicht, wenn er unmittelbar und als ausschließliches Ziel verfolgt wird. Für diese Beobachtung ist in der *Homannschen* Situationslogik kein systematischer Platz.[41]

Einige **unternehmensethische Entwürfe** bieten eher die Möglichkeit zur theoretischen Aufarbeitung solcher Erfahrungen. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass sie sich nicht auf den Boden des „ökonomischen Imperialismus" stellen, sondern um Interdisziplinarität bemüht sind. Ein Beispiel dafür bietet die Unternehmensethik von *Steinmann/Löhr* (1994). Die Autoren sehen im Gegensatz zu den häufig genannten Sachzwängen durchaus Handlungsspielräume für ethisch reflektierte Entscheidungen und sie

---

[40] *Clemens Albrecht* spricht in seinem Beitrag für den vorliegenden Band davon, dass eine „Sozialtechnologie von links" die „lustfeindliche Autoritätshörigkeit der Deutschen" beseitigt, dafür aber eine „lustfreundliche Leistungsverweigerung" geschaffen habe. Er verbindet mit dieser Aussage die Frage, ob eine „Heilung wieder in der Wissenschaft" zu suchen sei, und zwar diesmal nicht in der Sozialwissenschaft, sondern in der „Ökonomie und Biotechnologie". Von einer Ökonomie *Homann'scher* Prägung wird man wohl eine „Heilung von lustfeindlicher Leistungsverweigerung" kaum erwarten dürfen. Das wirtschaftliche Handlungssubjekt reagiert hier auf situationsbedingte Änderungen in den Handlungsrestriktionen, aber nicht angetrieben von einer intrinsischen (Leistungs-)Motivation. Eine visionäre Kreativität, den durch keinen extrinsischen Anreiz entstandenen Willen zur Neuerung, der nach *Schumpeter* den „schöpferischen Unternehmer" auszeichnet, ist ein Fremdkörper in einer ökonomischen Handlungstheorie, wie *Homann* sie versteht.

[41] Die Betonung liegt auf „systematisch". *Homann* sieht natürlich, dass es im Wirtschaftsleben nicht nur auf die Handlungsrestriktionen, sondern auch auf die unabhängig davon gegebenen Handlungsmotivationen ankommt. Doch die einzige Motivation, die im alles beherrschenden Homo-Oeconomicus-Test systematisch vorausgesetzt wird, ist das auf monetäre Ziele gerichtete individuelle Vorteilsstreben. Alle anderen Motivationen wirken aufgesetzt und sind nicht im System seiner ökonomischen Handlungstheorie unterzubringen. - Im gleichen Sinne argumentiert *Osterloh* (1996, S. 218), dass „Innovation", d.h. die Suche nach neuen Produkten, Produktionsprozessen und Konfliktlösungsverfahren „aus dem Homannschen Programm ausgespart bleibt….Es hat damit keine praktische Relevanz bei der Suche nach Lösungen, wie der Korridor für ethisch legitimierbare und zugleich ökonomisch sinnvolle Optionen zu erweitern wäre".

weisen dem Unternehmen auch eine Verantwortung für die Mitgestaltung des institutionellen Rahmens für privatwirtschaftliches Handel zu. In ähnlicher Weise argumentiert *Kreikebaum* (1996), für den ein Handeln nach moralischen Maßstäben zum Bestandteil einer strategischen Unternehmensplanung gehört. *Wieland* (1994) hat sich mit den Möglichkeiten der „Institutionalisierung von Moral“ innerhalb betrieblicher Organisationsstrukturen beschäftigt. Es gibt also eine Reihe von Beiträgen, in denen „das Unternehmen“ mehr ist als ein fiktiver Akteur in einer Dilemmastruktur.

Überblickt man die zahlreichen, in den letzten 20 Jahren veröffentlichten Beiträge zur Wirtschafts- und Unternehmensethik, so ist der Schluss berechtigt, dass die Wirtschaftswissenschaften damit begonnen haben, einen in den 1970er Jahren diagnostizierten „**blinden Fleck**“ zu **heilen**. Sie haben sich mit einigem Erfolg bemüht, die „gegenseitige Durchdringung von Ethik und Wirtschaft“ wissenschaftlich zu erörtern, wie dies *Helmstädter* 1985 forderte. Dass dabei unterschiedliche Ansätze verfolgt wurden, spricht für die Fruchtbarkeit der in Gang gekommenen Diskussion. Es versteht sich von selbst, dass die an dieser Diskussion Beteiligten mit ihren wissenschaftlichen Beiträgen auch einen mehr oder weniger expliziten Gestaltungsanspruch verbinden. Er hat sich insbesondere in der Unternehmensberatung, in der Formulierung von Unternehmensleitlinien und ähnlichen Initiativen niedergeschlagen. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass beispielsweise in den USA die Klärung moralisch-ökonomischer Problemfälle sehr viel stärker in den Unternehmensabläufen institutionalisiert ist, als dies im deutschsprachigen Raum der Fall ist. Es lässt sich auch nicht übersehen, dass „Wirtschafts- und Unternehmensethik“ immer noch ein Randthema in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre darstellt.

5. Zusammenfassung

Nicht wenige Ökonomen forderten Ende der 1960er Jahre einen Paradigmenwechsel in ihrer Disziplin. Die Kluft zwischen der Eleganz ökonomischer Theorien und der praktischen Irrelevanz der aus ihnen hergeleiteten Aussagen war nicht zu übersehen. Die wachsende Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik war für die „herrschende“ Wirtschaftswissenschaft kaum ein Thema, und noch viel weniger reflektierte sie die moralischen Aspekte des wirtschaftlichen Handelns. Ein neues, marxistisch inspiriertes Paradigma schien Antworten auf die vielen offenen Fragen zu bieten.

Es kam nicht zu einem Paradigmenwechsel, wohl aber zur Entstehung neuer Forschungsrichtungen, in denen die Wirtschaftswissenschaften auf die Fragen ihrer radikalen Kritiker eingingen, ohne deren Antworten zu übernehmen. Die methodologische Grundlage dafür bildete der „ökonomische Imperialismus“, d.h. die Anwendung der ökonomischen Analyse-Techniken auf Fragen, die traditionellerweise von anderen Disziplinen als der Wirtschaftswissenschaft bearbeitet werden. Dieses Vorgehen ist nicht unproblematisch. Die Dehnung ökonomischer Begriffe führt sehr leicht zu tautologischen Aussagen. Es trägt auch nicht zur Klarheit bei, wenn innerhalb desselben Erklärungsmodells einmal mit einer weiten und zum andern mit einer engen ökonomischen Begrifflichkeit gearbeitet wird. Das Bestreben, die Grenzen der eigenen Disziplin auszuloten, indem man ihren Erklärungsanspruch immer weiter ausdehnt, lässt offenbar eine Eigendynamik entstehen, die es immer schwerer macht, bestehende Grenzen auch tatsächlich anzuerkennen.

Gleichwohl sind der NPÖ und der Wirtschaftsethik deutliche Erkenntnisgewinne zu verdanken. Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik haben den Charakter einer „black box“ zum guten Teil verloren, und die Möglichkeit, Ethik und Ökonomik in Beziehung zueinander zu setzen, wird heute klarer gesehen als vor 2-3 Jahrzehnten. Mit diesem Erkenntnisgewinn war auch ein Gestaltungsanspruch verbunden, der in der Politik- und Unternehmensberatung seinen Niederschlag gefunden hat. Eine Reintegration von Ethik, Politik und Ökonomie zu einer „praktischen Philosophie“ ist zwar nicht gelungen, und dies dürfte unter den Bedingungen moderner Gesellschaften auch kaum möglich sein. Aber zumindest die Schnittstellen zwischen Ethik, Politik und Ökonomie sind heute klarer erkennbar als Mitte der 1960er Jahre, und dies ist kein geringer Ertrag der wissenschaftlichen Arbeit.

Prof. Dr. Hermann Sautter, Göttingen